

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

20.2.1913 (No. 50)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 50

Donnerstag, den 20. Februar 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluss Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P
Einrückungsgebühr: die 6mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unterm 8. Februar 1913 gnädigst geruht,
die Landrichter:

Heinrich Junker und Wilhelm Wittmann in Mann-
heim und
Dr. Emil Biegler in Mosbach zu Landgerichtsräten und
die Amtsrichter:

Wilhelm Traumann in Karlsruhe,
Dr. Georg Köhler in Säckingen,
August Mayerle in Triberg,
Sugo Weiser in Oberkirch,
Dr. Theodor Strobel in Gengenbach,
Ludwig Grohe in Eberbach,
Paul Lubberger in Mannheim,
Rudolf Stumpf in Rastatt,
Dr. Joseph Mayer in Konstanz zu Oberamtsrichtern
zu ernennen, sowie

den Notaren:

Otto Stuber in Stodach,
Karl Wiltner in Engen,
Wendelin Friedmann in Mosbach,
Nupert Seeger in St. Blasien,
Severin Bühler in Neustadt,
Heinrich Bolak in Rangenbrücken
Eduard Imhoff in Adelsheim,
Otto Hauler in Rengingen,
Leonhard Sommer in Adelsheim,
Eugen Huffschild in Buchen,
Otto Merz in Wertheim,
Franz Haas in Ettenheim den Rang der Oberamts-
richter zu verleihen.

Die Werkmeisterprüfung für den hochbautechnischen Dienst betr.

Der Beginn der nächsten Werkmeisterprüfung für den
hochbautechnischen Dienst ist auf
Dienstag, den 22. April 1913

festgesetzt.

Die Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum 18.
März 1913 mit den nach § 4 Absätze 2 und 3 der landes-
herrlichen Verordnung vom 8. Dezember 1883 (Gesetzes-
und Verordnungsblatt 1884 S. 1) erforderlichen Belegen
beim Bezirksamt zur weiteren Vorlage einzureichen.
Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß für den
Nachweis der praktischen Ausbildung der Kandidaten all-
gemein gehaltene Zeugnisse nicht genügen, vielmehr genau
angegeben sein muß, in welcher Weise die Beschäftigung
in den einzelnen Stellen erfolgte.

Karlsruhe, den 15. Februar 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Weingärtner. Dr. Wader.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Karlsruhe, 19. Februar.

Die Balkankrise.

* Die Großmächte erwägen zurzeit, einer Meldung des
Neuerfassen Bureaus zufolge, ob sie in den zwischen Ru-
mänien und Bulgarien schwebenden Fragen ihre Ver-
mittlung anbieten sollen. Nach Meldungen aus Sofia er-
folgte der letzte Schritt in den Verhandlungen am Sams-
tag, indem Prinz Chifa erklärte, Rumänien könne den
letzten Schritt Bulgariens nicht anerkennen. Rumänien
werde nicht auf der Erlangung Silistrias bestehen, wenn
Bulgarien bereit sei, Kaliastras abzutreten.

Demgegenüber wird von bulgarischer Seite darauf hin-
gewiesen, daß der Vorschlag des Prinzen Chifa hinsichtlich
Kaliastras nicht angenommen werden könne, weil die dort
angelegten Forts Barna bedrohen würden. Es wird der
Ansicht Ausdruck gegeben, daß wenn Rumänien zu ex-
tremen Maßregeln greifen und bulgarisches Gebiet be-
setzen sollte, Bulgarien der Okkupation vorläufig keinen
aktiven Widerstand entgegensetzen würde. Bulgarien
glaubt auch, daß Rußland verpflichtet wäre, von einem
solchen Vorgehen Rumaniens Notiz zu nehmen.

Eine amtliche Meldung aus Bukarest bezeichnet die Si-
tuation als akut. Die Mächte unternehmen Schritte in
Sofia und Bukarest, um weitere Reibungen zu verhin-
dern. In diplomatischen Kreisen wird allgemein die An-
sicht geäußert, daß dieser Schritt und eine eventuelle Ver-
mittlung zu einer Verständigung führen werden. Draht-
lich wird dazu noch gemeldet:

Über die Kriegslage wird noch gemeldet:

Köln, 18. Febr. Ein Telegramm der „Kölnischen Zeit-
ung“ aus Berlin meldet, die Aussichten auf Beilegung
des rumänisch-bulgarischen Streites erscheinen etwas ge-
bessert. Die Hoffnung, daß es nicht zum Bruch kommt,
stützt sich namentlich darauf, daß den Großmächten von
seiten einer Macht bereits ein Vermittlungsvorschlag zu-
gegangen ist, der einen Ausweg aus den noch bestehenden
Schwierigkeiten zu eröffnen scheint.

Bukarest, 19. Febr. Die „Agence Roumaine“ ist zu
der Erklärung ermächtigt, daß Jonnescu nur drei Unter-
redungen mit Dr. Danew gehabt hat und daß er niemals
auf eine der rumänischen Forderungen verzichtet hat.

Konstantinopel, 18. Febr. Die Türken nahmen heute
bei Scharfoe eine neue Landung vor und landeten eine
beträchtliche Truppenmacht, die bisher an Bord von Trans-
portschiffen gewartet hatte.

Wien, 18. Febr. Die Kreuzer „Maria Theresia“ und
„Kaiserin Elisabeth“ sind, wie die „Militärische Rund-
schau“ meldet, nach Smyrna abgegangen. Von dort wird
der Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ als zweites Stations-
schiff nach Konstantinopel gehen, während „Maria There-
sia“ die Wahrung der österreich-ungarischen Interessen im
ägäischen Meere obliegt, zu welchem Zwecke er Kreuzun-
gen in den dortigen Gewässern vornehmen wird.

St. Petersburg, 18. Febr. Die Petersburger Tele-
graphen-Agentur erfährt von zuständiger Seite, daß die
in ausländischen Blättern erschienenen Petersburger Te-
legramme über die Antwort des Zaren an den Kaiser von
Österreich-Ungarn einen vollständig apokryphen, auf Er-
findung beruhenden Inhalt des Briefes wiedergeben.

Reichstag.

* Berlin, 18. Februar.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen zunächst
kurze Anfragen. Nach Erledigung derselben tritt das Haus
in die Wahlprüfungen ein. Für gültig erklärt werden die
Wahlen der Abg. Siebenbürger (konf.) und Haase (Soz.), so-
wie nach kurzer Debatte die Wahl des Abg. Meyer-Verford
(natl.). Danach wird die Beratung zum Postetat fortgesetzt.
Die namentliche Abstimmung über die Ostmarkenzulage wird
am Donnerstag bei Beginn der Sitzung vorgenommen wer-
den. Die Debatte wird beim Titel „Oberpostpraktikanten“
fortgesetzt. Die Kommission beantragt für das älteste Drittel
der Beamten eine Zulage von 300 Mark.

Abg. Ersberger fragt an, ob den Postbeamten beim Eintritt
in ein einzelstaatliches Parlament seitens der Verwaltung
irgend welche Schwierigkeiten gemacht werden und ob es an-
gängig ist, ihnen für die Entfaltung der notwendigen Agitation
kurzen Urlaub zu geben eventuell unter Anrechnung auf den
Haupturlaub.

Staatssekretär Kraetzle erwidert, den Beamten seien für ihre
parlamentarische Tätigkeit noch nie Schwierigkeiten gemacht
worden und die Stellvertreterstellen seien stets auf die Reichs-
kasse übernommen worden.

Abg. Wöhle (Soz.) bringt Wünsche bezüglich der Brief- und
Rafelbestellungen in Straßburg (Elsass) vor.
Abg. Gubrid (fortsch.) wünscht die Schaffung einer großen
Zahl von Postsekretärstellen, sowie die unkündbare Anstellung
derjenigen Post- und Telegraphengehilfen, die bereits län-
gere Zeit angestellt sind.

Die nachfolgenden Redner Abg. Sätirner (Zentr.) und
Werner (Reformp.) stehen im großen und ganzen auf dem
Standpunkt des Vorredners.

Abg. Struve (fortsch.) bezeichnet die Schaffung einer Zwi-
schenkategorie zwischen mittleren und unteren Beamten als
notwendig.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Ersberger wird
der Titel mit der von der Kommission beschlossenen Zulage ein-
stimmig angenommen, ebenso die Resolution der Kommission
auf Vornahme der höheren Beamtenstellen, Wiederholung der
Telegraphensekretärprüfungen, Änderung des Besoldungs-
gesetzes und die Rinderzulage. Eine Resolution der Freisinnigen
auf Anrechnung pensionsfähiger Zulagen bei Versetzung
in eine Stelle ohne Zulage wird ebenfalls angenommen, fer-
ner die folgenden Titel nach den Beschlüssen der Kommission,
eine weitere Resolution der Freisinnigen auf unkündbare An-
stellung der Post- und Telegraphengehilfen nach Ablauf
einer angemessenen Frist, sowie eine Resolution auf Gleich-
stellung der gehobenen Unterbeamten, die nach dem 1. April

1905 angestellt sind, mit denen der gleichen Klassen, die früher
angestellt sind.

Beim Titel „Postagenten“ tritt Abg. Werner (Reformp.) für
eine Verringerung der Postagenten ein. Dieser Titel wird
bewilligt. Bei den folgenden Titeln: „Unterstützung für höhere
und mittlere Beamten, sowie für Kanzlei- und Unterbeamte“,
„Gefangensheime“ und „Ostmarkenzulage“ beantragt Abg.
Schlee (natl.), als widerwärtige Zulage für die in allen ge-
mischtsprachigen Teilen des Reichspostgebiets angestellten
mittleren Kanzlei- und Unterbeamten die Summe von 2 100 000
Mark, statt wie bisher 1 100 000 Mark nur für die Ostmarken-
zulage zu bewilligen.

Abg. Schults-Bromberg (Mpt.) hofft, daß eine Verständigung
hierin möglich ist und beantragt, die Zulage nicht mehr in der
bisherigen Form zu gewähren, sondern als außerordentliche
unwiderrufliche Zulage in der Provinz Posen, den gemischts-
sprachigen Gegenden Westpreußens und Elbisch-Pommerns in
Höhe von 2 Millionen Mark zu bewilligen.

Abg. Ledebour (Soz.) wendet sich gegen die Behauptung, die
Ostmarkenzulage habe keinen politischen Charakter. Daß dies
der Fall sei, beweise die ganze Politik Preußens. Nach kurzer
weiterer Debatte werden die Titel, außer der Ostmarkenzulage,
worüber am Donnerstag abgestimmt wird, angenommen.
Ebenso wird der Titel „Zuschuß zu den Krankenkassen für die
nichtkrankenversicherungspflichtigen Post- und Telegraphen-
unterbeamten (670000 M.)“ angenommen. Darauf tritt Ver-
tagung ein. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Schwärzstar,
Zentrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes. Schluß
nach 4 1/2 Uhr.

Berlin, 18. Febr. In der Budgetkommission betonte Staats-
sekretär v. Tirpitz vor Annahme des Zentrumsantrages im
Laufe der Debatte, daß es auch den Ansichten der Marinever-
waltung entspräche, daß sogenannte „blinde Tafelgelber“ kei-
nesfalls bezahlt werden dürfen. Vorsorge, die auf dem Ver-
waltungswege zu verhindern, sei bereits in weitestgehendem
Maße getroffen. Der neue Modus, den der von dem Bericht-
erstatter begründete Antrag erfordere, würde auf Schwierigkei-
ten personeller und materieller Art stoßen, die in gar keinem
Verhältnis zu dem gewollten Zweck stünden. Er biete daher,
von der Einführung derartiger Bestimmungen abzusehen und
sage seinerseits zu, alles zu tun, daß „blinde Tafelgelber“
nicht gezahlt würden. Auf die Frage eines Fortschrittlers prä-
zisierte der Staatssekretär nochmals seinen Standpunkt dahin,
daß er nichts gegen den Antrag habe, er halte jedoch eine
Ausdehnung der Kontrolle nicht für zweckmäßig.

Unser Verhältnis zu England.

* Die Budgetkommission des Reichstages hat nunmehr
das amtliche Protokoll über die Sitzung vom 7. Febr. her-
ausgegeben, in der der Staatssekretär des Auswärtigen
Amts v. Jagow, sowie Staatssekretär v. Tirpitz ihre Er-
klärungen über unsere Beziehungen zu England abgaben.
Die Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen v.
Jagow hat folgenden Wortlaut:

„Eine der letzten Erklärungen, die mein verstorbenen Herr
Amtsvorgänger — irre ich nicht, überhaupt die letzte — im
Plenum des Reichstages abgegeben hat, bezog sich auf unsere
Beziehungen zu England. Herr v. Kiderlen hob damals her-
vor, daß während der ganzen letzten Krisis unsere Beziehungen
zu England besonders vertrauensvolle gewesen seien. Er wies
auf die guten Dienste hin, die die offenen, von vollem Ver-
trauen getragenen Aussprachen zwischen London und uns
während aller Phasen dieser Krisis der Verständigung aller
Mächte geleistet haben, und sprach die Erwartung aus, daß
sie dies auch weiter tun würden. Es gereicht mir zu besonderer
Genugtuung, bei dem ersten Anlaß, der sich mir bietet, an
dieser Stelle das Wort zu ergreifen, feststellen zu können, daß
diese Erwartung sich voll und ganz erfüllt hat. Der intime Ge-
dankenaustausch, in dem wir andauernd mit der englischen
Regierung stehen, hat sehr wesentlich mit dazu beigetragen,
Schwierigkeiten mancher Art zu beheben, die in den letzten
Monaten entstanden waren. Wir haben jetzt gesehen, daß wir
nicht nur Berührungspunkte sentimentaler Art mit England
haben, sondern daß auch gleiche Interessen vorhanden sind.
Ein Prophet bin ich nicht, aber ich gebe mich der Hoffnung
hin, daß wir auf dem Boden gemeinsamer Interessen, dem
fruchtbarsten in der Politik, auch weiter mit England arbeiten
und vielleicht ernten können. Ich möchte Sie aber darauf auf-
merksam machen, meine Herren, daß es sich hier um eine
garte Pflanze handelt, die man nicht durch zu frühes Ver-
rühren und Besprechen am Erblühen hindern darf.“

Auf die Bemerkungen einiger Kommissionsmitglieder
erklärte dann Staatssekretär v. Tirpitz:

„Ich bin der erste, der eine Verständigung mit England mit
Freude begrüßen würde. Vergleiche über Stärkeverhältnisse
zu machen, ist sehr schwer. Die Schiffszahlen allein geben
keinen richtigen Vergleich. Es kommen dazu der Schiffstypus,
das Lebensalter der Schiffe und andere Faktoren, die sich
schwer vergleichen lassen. Der englische Marineminister
Churchill hat im vorigen Jahre einen solchen Vergleich gemacht,
doch hat er dabei Bücher offen gelassen. Er hat ausgeführt,
daß die englischen Dreadnoughts zu den deutschen sich zurzeit
wie 1,6:1 verhalten. Dieses Verhältnis ist nach meiner Ansicht
für die Schiffsflotte atzetabel. Es drückt aus, daß wir nicht
beabsichtigen und auch nicht beabsichtigt haben, in Konkurrenz

mit England zu treten. Es gibt uns ein solches Maß von Macht, daß es schwer ist, uns anzugreifen. Dieses Maß werden wir durch das Flottengesetz erhalten. Mehr brauchen wir nicht. Es kann nicht davon die Rede sein, daß wir England gegenüber aggressiv vorgehen wollen, denn zu einem aggressiven Vorgehen gehört eine erhebliche Überlegenheit. Wir haben stets betont, daß wir eine ebenso große Flotte wie die englische nicht erstreben. Die Flotte, die wir nötig haben, ist durch das Flottengesetz gegeben. Wir haben seinerzeit vor der Frage gestanden, unserem aufstrebenden Handel und unserer Industrie einen ausreichenden Schutz durch eine genügend starke Flotte zu geben oder stets mit dem Gute in der Hand dazustehen. Wir haben den ersteren Weg eingeschlagen. Die zurückgestellten Wünsche der Marineverwaltung, von denen ich im Plenum gesprochen habe, beziehen sich nicht auf eine Vergrößerung der Flotte, sondern auf den schnelleren Ersatz einiger veralteter Kreuzer. Auch die letzte Novelle bezog sich weniger auf eine zahlenmäßige Verstärkung der Flotte als darauf, daß unsere Schlachtflotte schneller kriegsbereit gemacht wurde. Das war notwendig geworden durch die moderne Entwicklung der Schiffstypen, Einführung der Funkentelegraphie, Konzentration der Schiffe in der Nordsee und anderes mehr. Es besteht nicht die Absicht, aus dem jetzigen Rahmen des Flottengesetzes herauszugehen. Ich hoffe, mit diesen Worten eine etwa entstandene Unruhe beseitigt zu haben. . . . Von einer Bereitwilligkeit Englands, in Marineverhandlungen einzutreten, ist mir nichts bekannt. Es ist nicht immer zweckmäßig, Behauptungen von englischer Seite, die nicht richtig sind, zu dementieren. Vielfach kann, ganz abgesehen davon, daß man im Ausland in mancher Beziehung nicht so gut informiert sein kann als im Inland, ein solches Dementi den unerwünschten Erfolg haben, den Versuch, ein friedliches Verhältnis anzubahnen, zu schädigen. Ich habe es für richtig gehalten, zu schweigen und über falsche Behauptungen hinwegzugehen. Ich kann Polemiken von Minister zu Minister nicht für vorteilhaft halten. Ich habe es stets vermieden, den Namen England in den Mund zu nehmen.

Auf eine Äußerung des Abg. Erzberger bemerkte der Staatssekretär v. Tirpitz weiter:

„Ich habe in meiner Ausführung nur meinen persönlichen Standpunkt zum Ausdruck gebracht, nicht den der Regierung oder den des Reichstags. Daß wir auf einen brauchbaren Vorschlag Englands eingehen würden, bezweifle ich keinen Augenblick. Ich habe diesen Standpunkt stets vertreten. Es ist absolut unrichtig, daß wir einen solchen Vorschlag jemals zurückgewiesen haben. Wenn wir zu einem brauchbaren Abkommen gelangen, hat das Flottengesetz seine Wirkung getan. Aber bei einem formellen Abkommen sind Garantien für dessen Durchführung erforderlich. Darin liegt die Schwierigkeit. Wenn im übrigen zwei Parteien ein schwieriges Geschäft abschließen wollen, das beide befriedigen soll, so darf die eine der anderen nicht mit offenen Armen entgegenlaufen. Solche delikate Sachen müssen vorsichtig und klug von Geschäftsmann zu Geschäftsmann verhandelt werden.“

In Beantwortung einer Bemerkung des Abg. Wiemer, der bat, etwaige Anregungen von England nicht abzuweisen, erklärte der Staatssekretär weiter:

„Ich kann dem nur zustimmen. Darüber kann England meines Erachtens nicht im Zweifel sein, daß wir zu Verhandlungen gewillt sein würden, wenn es damit beginnen wollte.“

Auf die Bemerkungen des Dr. Gschäfer (Fortschr. Vp.) und hernach des Abg. Gröber (Ztr.) sagte dann Staatssekretär v. Tirpitz, er verstehe nicht ganz, worin ein Gegensatz gefunden werde zwischen seinen Ausführungen von gestern und den heutigen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes.

„Lehnen ich in jeder Beziehung zu. Im übrigen habe ich mich stets bemüht, das politische Verhältnis zwischen uns und England in den Verhandlungen möglichst wenig zu berühren. Wenn ich gestern zu diesem Verhältnis Stellung nahm, so geschah dies gezwungenermaßen.“

Hernach erklärte Herr v. Tirpitz noch einmal, daß zwischen seinen Ausführungen und denen des Staatssekretärs des Auswärtigen keine Differenzen bestehen. Er habe seinen militärischen Respektstandpunkt klargestellt, der Staatssekretär des Auswärtigen habe die allgemeinen politischen Fragen behandelt.

Der Präsidentenwechsel in Frankreich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die politische Entwicklung brachte es mit sich, daß während der Amtszeit des früheren Präsidenten Fallières die deutsch-französischen Beziehungen wiederholt von Schwierigkeiten nicht frei geblieben sind. Es wird allgemein anerkannt, daß Fallières in solchen Augenblicken, ohne die Interessen seines Landes zu verleugnen, eine einer friedlichen Verständigung günstige Haltung einnahm und bewahrte. Wo er sonst Frankreich dem Deutschen Reich gegenüber zu vertreten hatte, geschah das würdig und sympathisch. Bei seinem Übertritt in das Privatleben können wir mit dem Ausdruck aufrichtiger Hochachtung nicht zurückhalten.

Die Übernahme der Präsidentschaft durch Poincaré vollzog sich am Dienstag. Drahtberichte melden darüber:

Paris, 18. Febr. Ministerpräsident Briand erschien heute nachmittag um zwei Uhr in der Privatwohnung Poincarés. In seiner Begleitung befanden sich der militärische und der Zivilgeneralsekretär des neuen Präsidenten und der Ordonnanzoffizier des Präsidenten Fallières. Poincaré nahm darauf mit Briand im Präsidentenwagen Platz, während die Truppen die militärischen Ehren erwiesen. Eine große Menge jubelte Poincaré als Präsidenten der Republik zu. Die Ovationen setzten sich auf dem ganzen Wege bis zum Elysée fort, wo Fallières, umgeben von allen Ministern und den Präsidenten des Senats und der Kammer, Poincaré empfing und ihm die Nachbefugnisse des Präsidenten übergab. Poincaré dankte, indem er Fallières als treuen Diener der Republik und der Demokratie feierte, dessen sicheres, klarsichtiges Urteil er oft bei Regierungsberatungen kennen lernte. Um 3 Uhr 30 Min. verließ Poincaré das Elysée, um sich nach dem Rathaus zu begeben, wo die Empfangsfeier stattfinden. Der Zug traf um 4 Uhr im Rathaus ein. Fallières und Douhet, die beiden letzten Präsidenten, wohnten dem Empfang bei.

Paris, 18. Febr. Die Minister traten heute abend im Elysée-Palast unter dem Vorsitz Poincarés zu einer Sitzung zusammen. Briand überreichte dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts. Poincaré bat das Kabinet im Amte zu bleiben. Die von Poincaré unterzeichneten Dekrete, durch die die Mitglieder des Kabinetts in ihre Ämter wieder eingesetzt werden, werden morgen im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Paris, 19. Febr. Der Präsident der französischen Republik Poincaré, hat von zahlreichen Staatsoberhäuptern Glückwünsche erhalten. Die Depesche des Kaisers von Rußland lautet ungefähr wie folgt: Sie kennen den Wert, den ich der bestehenden engen Union zwischen Frankreich und Rußland beilege. Ich rechne auf Ihre Mitarbeit für die gedeihliche Wirkung dieser Union und spreche Ihnen meine herzlichsten Wünsche aus.

Politische Übersicht.

Der Vorstoß

des Zentrums in der Reichstagsbudgetkommission.

Von den führenden Zentrumsblättern wird jetzt mit Bedauern davon gesprochen, daß der Vorstoß, den die Zentrumsmitglieder der Budgetkommission des Reichstages in der Kommissionsberatung des Marineetats unternommen haben, so unliebsames Aufsehen erregt hat. Sowohl in der „Kölnischen Volksztg.“ wie in der „Germania“ wird dem Vorgang ein größeres oder gar entscheidendes Gewicht nicht beigelegt. Das erstere Blatt schreibt: „Die Kommissionen sind dazu da, um unklare und strittige Punkte zu klären; die Entscheidungen aber erfolgen durch das Plenum. Ubrigens ist der Antrag auch in der Kommission noch nicht zur Abstimmung gelangt, und es besteht daher die Möglichkeit, den angeblichen „Konflikt“ schon in der Kommission beizulegen. Wir zweifeln nicht daran, daß hierzu auf beiden Seiten alle Geneigtheit vorhanden ist, denn weder dem Reichstag noch der Regierung könnte es erwünscht sein, noch dazu in diesem Augenblick, der Welt das Schauspiel eines „Konfliktes“ in einer derartigen Frage zu bieten, ganz abgesehen davon, daß es geradezu als eine unmoralische Ungehörlichkeit bezeichnet werden müßte, wenn der Reorganisator unserer Marine, dessen große Verdienste von aller Welt und in allen Parteien nach Gebühr gewürdigt werden, über einen Antrag dieser Art zu Fall käme.“ Auch das andere Zentrumsblatt bestreitet, daß das Zentrum einen Vorstoß gegen den Staatssekretär des Reichsmarineamts habe unternommen wollen; bei der Auffassung und Behandlung in der Angelegenheit in einem Teil der Presse handelt es sich um ein Mißverständnis, welches sich wohl bei der weiteren Behandlung der Frage auflären dürfte. So steht zu hoffen, daß die allerdings völlig unberechtigten und unerfüllbaren Forderungen, die die Zentrumsmitglieder der Budgetkommission gestellt hatten, entweder zurückgezogen oder vom Plenum nicht bestätigt werden. Besonders erfreulich aber ist, daß die „Kölnische Volkszeitung“ ausdrücklich auf den Ernst der internationalen Lage und auf die Aufgaben und Pflichten hinweist, die sich daraus für Deutschland ergeben.

* Eine Reise der Kaiserin nach Gmunden. Zu den Meldungen über die Reise des Kaiserpaars mit der Prinzessin Viktoria Luise nach Gmunden sagt ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“: Nach unseren Erkundigungen dürfte der Kaiser nicht fahren. Dagegen scheint es sich zu bestätigen, daß die Kaiserin mit dem Brautpaar in nicht zu ferner Zeit einen Besuch in Gmunden abstaten wird. — Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, ist am Dienstag um 10.50 Uhr abends von Berlin über München nach Gmunden abgereist. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise mit Gefolge geleiteten den Prinzen zum Bahnhof.

* Ausland.

Paris, 17. Febr. Generalberichterstatter Chéron stellte in der Kammer bei der Beratung des Finanzetats fest, daß das Budget in den letzten zwölf Jahren um 1150 Millionen Franken gestiegen sei, wovon 500 Millionen der nationalen Verteidigung und 130 Millionen der sozialen Beseken zugewendet wurden. Alle guten Franzosen seien geneigt, diesen für die Sicherheit des Landes notwendigen Opfern angesichts des unaufhörlichen Ausbaues der deutschen Rüstungen zuzustimmen. Deutschland habe zu diesem Zwecke mehr als zwei Milliarden aufgewendet, während Frankreich nur 980 Millionen aufwandte.

Paris, 18. Febr. Der „Temps“ stellt mit Befriedigung fest, daß die hiesigen Blätter die Mitteilungen über die deutschen Heeresverfügungspläne mit Ruhe und Ernst erörtern und spricht den Wunsch aus, daß auch Deutschland im Interesse der Würde der beiden großen Nachbarvölker angesichts der französischen Pläne dieselbe maßvolle Haltung zeigen möge, die Frankreich den deutschen Plänen gegenüber bewiesen habe. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seien gegenwärtig so gut wie nie möglich. Deutschland und Frankreich schreiben einander keinerlei aggressive Absichten zu. Es zieme sich deshalb, daß die eben angeführte „militärische Zwiesprache“ sich ruhig weiter entwickle.

Newyork, 17. Febr. Nach einem Telegramm aus Brownsville (Texas) ist die jenseits des Rio Grande gelegene mexikanische Stadt Matamoros heute früh ohne ernstlichen Widerstand in die Hände der Aufständischen gefallen. Das ist die 2. Grenzstadt, die von den Aufständischen besetzt worden ist. Meldungen aus den meisten

Gebieten Mexikos besagen, daß die Bevölkerung den Ausgang des Kampfes in Mexiko City abwarten will, bevor sie sich für einen der Führer erklärt.

Newyork, 18. Febr. Eine Depesche aus Mexiko besagt: Guerra wurde zum provisorischen Präsidenten ernannt. Weitere Depeschen aus Mexiko besagen: Kaum ein Stadtbezirk ist unbeschädigt. Wie viel Menschen tatsächlich getötet worden sind, wird sich nie feststellen lassen. Bekannt ist, daß vielfach Abteilungen von 50—100 Mann in engen Gassen eingekesselt, von den Maschinengewehren niedergemacht wurden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 19. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyd und erteilte sodann die folgenden Audienzen: dem Oberrealhulldirektor Dr. Müller in Bruchsal, dem Forst- rat Müller in Karlsruhe, dem ao. Professor Dr. Schreiber an der Universität Heidelberg, dem Bezirksarzt Dr. Bopp in Tauberbischofsheim, den Amtmännern Bauer in Mosbach, Fuchs in Mannheim und Dr. Vard in Baden, dem Oberregierungsrat a. D. Renhard in Freiburg, den Oberbauinspektoren Montigny in Emmendingen und Kerler in Waldshut, dem Amtmann Dr. Westold in Freiburg, dem Vorsitzenden des Deutschen Hilfsvereins Kaufmann Köchling in Basel, den Professoren Högele und Dr. Goherr in Bruchsal, Benz und Dr. Schütt in Tauberbischofsheim, dem Rektor Strobel in Furtwangen und dem Oberpostsekretär Gutenmann in Konstanz. Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. von Nicolai. Um 6 Uhr besuchten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise den zweiten Vortrag des Geheimen Hofrats Professors Dr. Meinecke von Freiburg im Rathausaal.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise besuchte gestern in Neuershausen die Witwe des Postkassiers Freiherrn Marschall von Bieberstein. Ihre königliche Hoheit kehrte abends hierher zurück.

Zu den Landtagswahlen.

oc. Bruchsal, 17. Febr. In der Blättermeldung über die Kandidatenfrage des Zentrums im Wahlbezirk Bruchsal-Wiesloch teilt der „Bad. Beobachter“ mit, daß einstweilen mit einer Kandidatur von Menzinger nicht gerechnet werden kann.

oc. Lörrach, 17. Febr. Der nationalliberale Bezirksverein Lörrach-Land hielt in Gallingen eine Versammlung seiner Obmänner und Vertrauensmänner ab. Die Versammlung behandelte vor allem Organisationsfragen, so die Durchführung der neuen Wahlkreisorganisation für die Bezirke Lörrach-Stadt und Lörrach-Land. Zum 1. Vorstand für Lörrach-Land wurde Dr. Blum in Gallingen und zum Stellvertreter Fabrikant Wegelbach in Lörrach gewählt. In einer Diskussion, welche sich an einen Vortrag des Parteisekretärs Schwaier in Karlsruhe über die politische Lage in Baden und im Reich, angeschlossen wurde auch die Großblockfrage behandelt. Die Versammlung sprach sich einmütig gegen einen Großblock im ersten Wahlgang unter allen Umständen aus.

* In eigener Sache. Der Pfälzer Bote hatte behauptet, die „Karlsruher Zeitung“ habe „bei Nennung der Zentrumsparthei den von den Gegnern des Zentrums gebrauchten Ausdruck Ultramontane gebraucht“. Wir erklären demgegenüber, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht. Nun hält uns das Heidelberger Zentrumsortgen einen Artikel der Karlsruh. Ztg. Nr. 236 vom vorigen Jahre entgegen, in dem das Wort „ultramontane Partei“ vorkommt. Zunächst sei hierzu gesagt, daß die einmalige Anwendung dieser Bezeichnung, selbst wenn sie in einem dem Zentrum unfreundlichen Sinne erfolgt sein sollte, noch lange nicht den ganz generell ausgesprochenen Vorwurf des „Pfälzer Botes“ rechtfertigen würde. Die betreffende Stelle, auf die dieses Organ abhebt, findet sich in einem Nachruf auf unsern im August 1912 verstorbenen Mitarbeiter, Dr. Biffing-Freiburg. Er lautet: „Er (Biffing) gehörte der großdeutschen Partei an, einer Richtung, die ihn in der Folge zu deren nachrücklichsten Verteidigerin, der ultramontanen Partei führte. Als einer der Vorläufer der letzteren wurde er ins Zollparlament gewählt und war auch Mitglied der Zweiten badischen Kammer während des Landtags 1899/70. Als Redakteur des „Bad. Beobachter“ zu Anfang der 70er Jahre wandte er sich allmählich einer maßvollen und verständlichen Richtung zu, anfänglich von einigen hervorragenden Mitgliedern der „Katholischen Volkspartei“ unterstützt, dann aber von ihnen fallen gelassen.“

Für jeden vorurteilsfreien Leser ist es klar, daß der beanstandete Ausdruck hier lediglich im Hinblick auf die geschichtlichen Vorgänge vor 1870 zu verstehen ist. Von einer Unfreundlichkeit kann schon gar nicht die Rede sein, da es sich doch um den Nachruf auf einen von uns hochgeschätzten Mitarbeiter handelt. Im übrigen ist der betreffende Nachruf nicht von der Redaktion verfaßt worden, und er erschien außerhalb der Verantwortung des leitenden Redakteurs, der sich damals im Urlaub befand.

Wir hätten den Mann unserer Zeitung nicht mit dieser Nichtachtung belastet, wenn nicht einzelne Zentrumsblätter unter Anrufung unseres Gerechtigkeitsgefühls ein erneutes Eingehen verlangt hätten. Die „Freiburger Tagespost“ spricht bereits von einer „Wamager der Karlsruh. Ztg.“. Nun, wir wünschen der „Freiburger Tagespost“, daß sie selbst nie ärgeren Wamagen ausgeföhrt sein möchte.

** Infolge Stammholzrußes wurde am 18. Februar, gegen 1 Uhr mittags, zwischen Station Miedöschingen und Reipfendingen das Gleis auf ungefähr 40 Meter beschädigt

Neues, einzig dastehendes Werk für jeden Leser der Karlsruher Ztg.

Praktische Redner-Schule

von Dr. Bergmann Herausgegeben von Dr. R. REINHARDT und P. KLINGER.

Ganzleinen Prachtband, Lexikonformat, 605 Seiten

Dieses umfangreiche Werk hat seinen ganz besonderen Wert darin, daß es u. a. eine leicht faßliche Anleitung zur

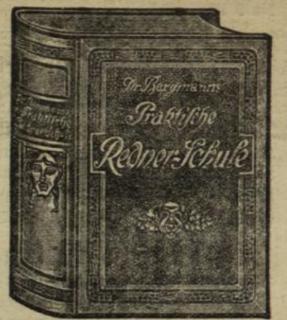
Erlernung d. freien Rede u. d. Kunst d. Vortrags

bietet. Im Anschluß daran enthält das Buch in einer bisher unerreichten Vollständigkeit die besten Muster zu Reden für alle nur denkbaren Fälle. Die Redekunst kann zu höchsten Ehren und zur Geldquelle führen; der Redner übt überall erfolgreichen Einfluß aus, sei es im engsten Bekanntenkreise, im Geschäfts- oder Vereinsleben, wie bei großen sozialen Bestrebungen. Die Macht des Redners übertrifft meist Wissen und Reichtum.

Jedem Leser dieser Zeitung wird somit Gelegenheit geboten durch dieses vorzügliche Werk **völlige Redegewandtheit** zu erlangen um überall als sicherer Redner frei auftreten zu können.

3 Mark

Preis nur für jeden Leser dieses Blattes. Der Bestellschein ist einzu-senden an **Willibald Wendes Verlag**, Berlin W., Lützowstr. 31



Bestellschein
f. d. Lrs. d. Karlsruh. Ztg.
Von Willibald Wendes Verlag,
Berlin W., Lützowstr. 31
Exemplare
Praktische Redner-Schule
A 3 Mark gegen Nachnahme
1-2 Exemplare ein Postpaket
Genehmigte Adresse:
Umtausch oder
Zurückgabe bereit-
willigst gestattet.

Aufklärung über echte Jogurt-Milch!

In letzter Zeit wird vielfach zur Gewinnung von Jogurt ein Pilz verwendet, welchem man irrtümlich Eigenschaften der Züchtung eines echten Jogurts beilegt. Dies ist falsch, denn der besagte Pilz ist lediglich ein Kefyrpilz und ist nicht im stande Jogurt zu produzieren. Zur Gewinnung von Jogurt gehören nach dem Stande der heutigen Wissenschaft **dreierlei** ganz bestimmte Bakterienarten.

Professor Dr. Henneberg,
Abteilungsleiter des wissenschaftlichen Instituts für Gärungsgewerbe, Berlin, sagt unter anderem in einem Artikel:

„In letzter Zeit findet beim Laienpublikum und sehr häufig auch in Aerzte- und Apothekerkreisen eine Verwechslung des Jogurt mit Kefyr statt. Um Jogurt vom Kefyr zu unterscheiden, gebrauche man nur das Auge, Jogurt-Pilze kann man nur vermittelst des Mikroskops erkennen. Sehen wir aber einen hasel- oder wallnußgroßen Pilz vor uns, so ist es Kefyr, niemals Jogurt. Kefyr besteht hauptsächlich aus Hefe und anderen Bakterien usw. Jogurt hingegen aus verschiedenen kleinen Spaltpilzen.“

Jogurt hat ganz andere Eigenschaften als Kefyr, er wirkt in milder Form **reini-gend** auf den Magen und Darm, verbessert das Blut und die Säfte, und ist außer-ordentlich geeignet als ein **gesundheitförderndes Nahrungsmittel**, leicht verdaulich und fast immer gut bekömmlich.

Herstellung unter meiner persönlichen Leitung
Lieferung täglich frisch **Frei Haus**

Verkaufsraum und Trinkstube

Amalienstr. 25, Otto Kresse

Telephon 2944

Anstalt für **Jogurt-Milch, Jogurt-Speise, Jogurt-Käse,**
Bereitung echter trinkbar, puddingartig, ähnl. d. Gervais

Jogurt-Ferment, Jogurt-Tabletten, Jogurt-Schokolade, Jogurt-Pralinen etc.

Möbelmagazin vereinigter Schreinermeister

Telephon 114 eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht Gegr. 1883
Karlsruhe i. B. Amalienstraße 31

Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzeilmöbel in allen Preislagen
Gediegenste Ausführung mit langjähriger Garantie

Eigene Polster- u. Dekorationswerkstätte — Besichtigung ohne Kaufzwang.

Fuhrmann & Haub, Frankenthal, Pfalz

Spezialfabrik f. Schulbänke, Schränke, Katheder, Tafeln, Zeichentische etc.

Kataloge und Kostenanschläge gratis.

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe

Badische Landesbauordnung

vom 1. September 1907
mit Erläuterungen und Ergänzungsvorschriften
herausgegeben von
Franz Joseph Roth,
Oberamtmann
Amtsvorstand in Eppingen
früher Vorstand der Bauabteilung des Groß. Bezirksamts Mannheim
Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage
Preis gebunden M. 3.50

Es wird zu dem Buche in Kürze ein Nachtrag erscheinen, der die soeben erlassenen neuen amtlichen Verordnungen berücksichtigt.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Möbel

jeder Art, von den einfachsten bis zu den elegantesten Wohnungs-Einrichtungen

streng reell und billig!
Für Brautleute ganz besonders günstige Einkaufsquelle
— Franko-Lieferung! —

Gebr. Klein, Karlsruhe
Durlacherstr. 97/99 Tel. 1722

Stühle
repariert **Stuhlschreiner Fr. Ernst, Adlerstr. 3.**

Bekanntmachung.

Laut Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 12. Februar 1913 tritt die **Süddeutsche Grundstücks- u. Hypotheken-Verkehrsanstalt, G. m. b. H.** in Mannheim mit dem heutigen Tage in Liquidation. Zum alleinigen Liquidator ist der Kaufmann **Otto Weyel** zu Frankfurt a. M., Golzbeimstr. 63, bestellt worden. 3.704.3.

Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden. Frankfurt a. M., den 12. Februar 1913.
Der Liquidator:
Otto Weyel.

Pädagogium zu Pirmont

Privat-Realschule (Kl. VI—I), erteilt **Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis** (bisher 552). Oster- und Herbstversetzung. Gute Verpflegung und Aufsicht.

Haushaltungs-Institut Schen-Hörtrich, Bensheim
a. d. Bergstr. Gründl. hauswirtschaftliche und gesellschaftl. Ausbildung. Auf Wunsch jezl. Unterricht. Prospekt und Ref. durch die Post. E.48.7.1

An rentablem **elektrischem Unternehmen**
sucht tüchtiger **tätige Beteiligung**
Fachmann
Gefl. Angebote unter L 1191 durch Haasenstein & Vogler A.-G., Stuttgart. E.132

Brennholz-, Wellen- und Schlagraum-Berfeigerung.

Die Stadtgemeinde Ettlingen berfeigert mit Vorkauf bis 1. Oktober 1913

am Dienstag den 25. Februar d. J., vormittags 9 Uhr beginnend, im Rathaus. E.100

Aus Distrikt I, Abt. 3 unterer Seigrain, 9 Kopsloch, 10 Schälbronnzweig und 12 hinterer Kreuzberg = 3 Ster Eichenmühscheiter, 4 Ster Buchen, 3 Ster Eichen, 9 Ster Erlen, 2 Ster Lärchen, 25 Ster Fichten, 10 Ster Forlen, 2 Ster Ahorn, 11 Birken, 4 Ster Buchenloppholz und 42 Ster gemischtes Scheit- und Krügelholz; ferner 75 Stück Buchenastwellen, 50 Stück Eichen-, 100 Stück Forlen, 1125 gemischte Schlagwellen und 7 Lose Schlagraum.

Aus Dist. II, Abt. 1 bis 3 Hafenberg, 8 Rätzenberg und 11 Reimenitz = 1 Ster Eichenmühscheiter, 62 Ster Buchenloppholz, 88 Ster Eichenloppholz, 5 Ster gemischtes Kopsloch, 6 Ster Eichen- und 28 Ster gemischtes Scheit- und Krügelholz, sowie 116 Buchen-, 25 Eichen- und 200 Stück gemischte Astwellen und 5 Lose Schlagraum. E.180.2.1

Aus Dist. V, Abt. 1 Forstlach, 2 Tiergarten, 3 Feldschlag, 4 und 5 oberer und unterer Herfel, 6 und 7 unterer und oberer Forlader, 8 runder, 9 oberer und 10 unterer Plom und 11 Hub. = 48 Ster Buchen, 12 Eichen, 19 Erlen, 180 Forlen, 16 Birken, 5 Pappeln, 3 Buchen, 4 Fichten- und 159 Ster gemischtes Scheit- und Krügelholz; ferner 225 Stück Fichten, 125 Stück Buchen-, 1200 Forlen- und 100 gemischte Durchforstungs- und Astwellen, sowie 5 Lose Schlagraum.

Das zur Berfeigerung gelangende Holz und Wellen ist mit Quertrügel bezeichnet. Vorgezeigt des Holzes in Distrikt I Gemeindeforwart Pfeil, Distrikt II Gemeindevorwärtler Frank, Distrikt V Waldhüter Stern und Lauinger. Ettlingen, den 15. Februar 1913.

Bürgermeisteramt:
Dr. Dajner.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.817.2.1 Müllheim. Die Firma L. Kraft u. J. Greiff in Müllheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt God in Müllheim, klagt aus Werkvertrag gegen den Ingenieur Hermann Wolf und dessen Ehefrau Gertrude geborene Kallenbach, zuletzt wohnhaft in Müllheim, mit dem Antrage auf vorläufige vollstreckbare Verurteilung als Gesamtschuldner zur Zahlung von 800 M., sowie zur Duldung der Zwangsvollstreckung auf Grund der im Grundbuch Müllheim Bd. 46 Heft 29 Abteilung III Nr. 1 auf Lagerbuch Nr. 677c eingetragenen Sicherungshypothek.

Die Beklagten werden zu dem auf
Mittwoch den 9. April 1913, vormittags 9 Uhr,
vor Gr. Amtsgericht Müllheim (Baden) bestimmten Termin geladen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Müllheim, 15. Febr. 1913.
Der Gerichtsschreiber **Großh. Amtsgerichts.**

3.824. Pforzheim. Über das Vermögen des Schreiners **Georg Denger** in Pforzheim-Birkingen wurde heute am 18. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Herr Rechtsanwalt **Groscholz** in Pforzheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. April 1913 bei dem gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem Großh. Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 18, zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Dienstag den 18. März 1913, vormittags 9 1/2 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Dienstag den 15. April 1913, vormittags 9 1/2 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder z. Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung



Waldstraße 30

Programm
von Mittwoch den 19. bis inkl. Freitag den 21. Febr.

Der **Herr Direktor**
Nach der Komödie von Alex. Bisson u. Fabrice Carré in 2 Akten.

Pathé-Journal
Neueste Berichterstattung Die Jahrhundertfeier in Königsberg.

Stützen der Gesellschaft
Drama nach Ibsen.

Die **Gruppe des Glücks**
Dramatische Szene in zwei Akten.

Nilpferdjagd
Interessante Naturaufnahme.

Baby als Friedensstifter
Komisch. E.183

aufgelegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 17. März 1913 Anzeige zu machen.
Pforzheim, 18. Febr. 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts II.**

3.822. Donaueschingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Installateurs **Hermann Jeps** in Donaueschingen ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und Anführung der Gläubiger wegen Festsetzung der Gebühren der Gläubigerausschussmitglieder auf
Dienstag den 11. März 1913, vormittags 12 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht hier bestimmt.

Donaueschingen, den 14. Februar 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

3.821. Emmendingen. Landwirt **Johann Georg Lehmann** alt von Bötzingen wurde mit diesseitigem Erkenntnis vom 24. Januar 1913 wegen Trunksucht entmündigt.

Emmendingen, den 24. Januar 1913.
Großh. Amtsgericht I.

Konfirmations-Geschenke

Reiche Auswahl **eingerahmter Bilder**
in allen Preislagen

E. BÜCHLE,

Inh. **W. Bertsch**
E.146 Kunsthandlung und Rahmenfabrik, Kaiserstr. 128.